



öffentlich

**Betreff:**

Initiative zum Lehrersersatzpool

**Einreicher:** Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 17.03.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.04.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, folgenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung an die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport (MBS) und den Minister für Finanzen (MfF) des Landes Brandenburg sowie die Fraktionen im Landtag Brandenburg weiterzuleiten:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die zuständigen Ministerien und die Fraktionen im Landtag Brandenburg auf, die Fehlstunden an Potsdamer Schulen durch eine Ersatzreserve oder andere personalwirtschaftliche Maßnahmen, wie z.B. einen Pool von im Ruhestand befindlichen Lehrern, signifikant abzubauen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist dazu in der Juni-Sitzung 2011 zu berichten.

gez. Michael Schröder  
Fraktion CDU/ANW

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Ein Lehrerersatzpool, der von der Kommune finanziell getragen wird, ist unter den derzeitigen Bedingungen der kommunalen Haushaltslage abzulehnen. Außerdem ist die Sicherung der Einhaltung der Stundenpläne im vollen Umfang eine originäre Angelegenheit des Landes Brandenburg und kann nicht von den ohnehin finanziell überlasteten Kommunen übernommen werden.